

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 3 · D · 51465 Bergisch Gladbach

Frau Bürgermeisterin
Maria Theresia Opladen
Rathaus

51465 Bergisch Gladbach

EINGEDANGEN
1-103/5
23. April 2002

beschl. per Fax
L. Opladen
Fax an 1-103/
weitergeleitet 23/04.

Geschäftsstelle

Zimmer 2
Rathaus Bergisch Gladbach
Tel. / Fax (02202) 14 22 20

Datum

18. April 2002

Antrag für die Ratssitzung am 16. Mai 2002

Sehr geehrte Frau Opladen,

in der Ratssitzung am 21.03.2002 wurde die Verweisung unseres Antrages vom 04.03.2002 in den Hauptausschuss abgelehnt. Danach haben wir allerdings alle zusammen übersehen, dass der Antrag im Rat hätte diskutiert und abgestimmt werden müssen. Wir bitten Sie daher, ihn nochmals auf die Tagesordnung zur Sitzung des Rates am 16.05.02 zu setzen:

Der Rat möge beschließen:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt:

1. Ein Konzept für eine **Leitbilddiskussion** zum Thema „**Familienfreundliches Bergisch Gladbach**“ zu entwickeln, welches die Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte - Familien, Wirtschaftsverbände, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Trägern der Jugend- und Familienhilfe, u.a.m. - vorsieht und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Einen umfassenden **Bericht über die Lage der Familien in Bergisch Gladbach** zu erstellen, der neben den einschlägigen Bereichen – Jugend und Soziales, Frauen, Schule/Bildung – auch alle anderen Bereiche kommunalen Handelns einbezieht, die Auswirkungen auf die Situation der Familien in unserer Stadt haben. Hierzu gehören insbesondere: Stadtentwicklung /Stadtplanung, Wohnraumangebot, Verkehrsinfrastruktur/ÖPNV, Wirtschaftsförderung/Arbeitsplatzangebot, Dienstleistungen der Stadt für ihre Bürger u.a.m..
Der Bericht soll neben statistischen Angaben auch qualitative Aussagen machen und Indikatoren für eine familienfreundliche Stadt definieren. Er soll Vorschläge für eine langfristig angelegte Politik für Familien in Bergisch Gladbach enthalten. Der Bericht soll dem Rat bis vor den Sommerferien 2003 vorliegen.

3. Bei der Jugendhilfeplanung Maßnahmen zur **Harmonisierung von Familien- und Erwerbsarbeit** mit Priorität zu planen. Im Vordergrund sollte dabei ein ausreichendes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten in Krippen, Kindergärten, Horten, Jugendeinrichtungen und Ganztagschulen stehen. Außerdem ist der Schulentwicklungsplan und die damit im Zusammenhang stehenden Baumaßnahmen in den Grundschulen, mit dem Ziel zu überarbeiten, mittelfristig in jedem Stadtteil die Voraussetzungen zur Einrichtung einer Ganztagsgrundschule zu schaffen.
4. Dem Beispiel vieler Unternehmen, Behörden und Wohlfahrtsverbände zu folgen und mit der Stadtverwaltung das **Audit Beruf & Familie** der gemeinnützigen Hertie-Stiftung zu erwerben, mit dem systematisch der Status - quo der familienorientierten Maßnahmen in der Verwaltung erfasst und das individuelle Entwicklungspotential ermittelt werden kann. Gleichzeitig soll die Bürgermeisterin, mit dem guten Beispiel der Stadtverwaltung, bei den Unternehmen in Bergisch Gladbach für diese Maßnahme werben.

Begründung:

Die Lebenssituation von Familien mit Kindern hat sich seit den 80er Jahren zum schlechteren verändert. Im rasanten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel blieben Familien oft ohne Unterstützung. Chancengleichheit und soziale Sicherheit für Familien (Kinder) spielten in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion eine nur marginale Rolle. Auch in Bergisch Gladbach ist dies nicht anders.

Dabei wird völlig übersehen, dass Familien nicht Bittsteller und Empfänger sozialer Leistungen, sondern **Leistungsträger** sind, die für die Zukunft dieser Gesellschaft einen unverzichtbaren Beitrag leisten. Sie sichern durch die Versorgung und Erziehung der Kinder, nicht nur den Bestand dieser Gesellschaft, sondern entlasten immer häufiger die Sozialkassen durch die Betreuung, Versorgung und Pflege ihrer betagten Mitglieder. Darüber hinaus erbringen sie für sich selbst und das Gemeinwesen eine Vielzahl weitgehend ehrenamtlicher Leistungen, die ansonsten von der Allgemeinheit bereitgestellt und finanziert werden müssten. Sie leisten damit auch einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Wertschöpfung.

Erst die besorgniserregende demographische Entwicklung, der drohende Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme und der sich abzeichnende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften haben seit Mitte der 90er Jahre eine breite gesellschaftliche und politische Debatte über die Lage der Familien und der Kinder in Deutschland ausgelöst.

Inzwischen fordern alle großen Parteien in ihren Bundes- und Landesprogrammen eine nachhaltige Politik für Familien.

Aber: Bund und Länder sind nicht alleine zuständig für eine nachhaltige Politik für Familien. Vor allem die Kommunen müssen sich ihrer Verantwortung für Familien stellen und ihren Beitrag für familien- und kinderfreundliche Verhältnisse leisten.

Eine familienfreundliche Kommunalpolitik ist, auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, im ureigensten Interesse der Städte und Gemeinden. Denn die Standortkriterien der Wirtschaft orientieren sich nicht mehr alleine an ausgewiesenen Gewerbeflächen, an den Verkehrsanbindungen oder am Gewerbesteuersatz. Vielmehr zählen für Unternehmen bei der Standortwahl auch personalwirtschaftliche Gesichtspunkte wie z.B. das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, die Wohn- und Lebensbedingungen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Wünsche hinsichtlich Erreichbarkeit und Zeitorganisation. Die Unternehmen haben erkannt, dass familienfreundliche Arbeits- und Wohnbedingungen durch höhere Arbeitsproduktivität und langfristige Bindung von qualifizierten Arbeitskräften an den Betrieb von grundlegender Bedeutung für ihren wirtschaftlichen Erfolg sind.

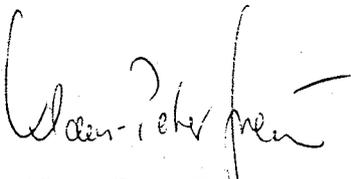
Auch die Lebens und Arbeitsbedingungen berufstätiger Eltern müssen verbessert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass immer mehr junge Frauen und Männer ihre Kinderwünsche nicht realisieren, oder diejenigen, die eine Familie gründen, nicht in der Lage sind, ihr berufliches Können zu entfalten. Beides wäre für die Wissensgesellschaft und den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland in der Zukunft nur schwer verkraftbar. In besonderer Weise gilt dies auch für die Kommunen.

Gerade der letztgenannte Gesichtspunkt ist für Bergisch Gladbach von großer Bedeutung. Laut Statistik wird die Bevölkerung in unsere Stadt von heute (1999) 108.465 auf 106.499 im Jahre 2014 sinken. Auch die Überalterung der Wohnbevölkerung wird weiter fortschreiten: 2014 werden ca. 29% der Menschen 60 Jahre und älter sein. Die Geburtenrate wird dagegen von heute (1998) 1029 auf 850 im Jahre 2014 zurückgehen. Auch das Arbeitskräfteangebot wird (Menschen im Alter von 18 – 60 Jahre) von heute (1999) 61.765 um 3.616 auf (2014) 58.149 sinken.

Der Rat darf vor dieser Entwicklung die Augen nicht verschließen. Er ist vielmehr gefordert, im Interesse der Sicherung des Wirtschaftsstandorts und im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, geeignete Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

In diesem Sinne bilden die Umsetzung der oben aufgeführten Aufträge an die Bürgermeisterin die notwendigen Voraussetzungen zur Formulierung einer nachhaltigen Politik für Familien in Bergisch Gladbach.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus-Peter Freese
Fraktionsvorsitzender



Peter Hoffstadt
Jugend- und sozialpol. Sprecher